

Gericht hebt Bußgeld gegen Neonazi Kapke auf

Schwacher Landratsamts-Bescheid

Pößneck (OTZ/mko). Neonazi André Kapke hat dem Landratsamt des Saale-Orla-Kreises ein Schützenhäuschen eingeschlagen. Ein Bußgeld der Behörde gegen den Pößnecker Schützenhaus-Aktivist wurde gestern am Amtsgericht Pößneck aufgehoben.

Das Landratsamt hatte mit 250 Euro die Tatsache geahndet, dass ein Konzert im Hinterhof des Schützenhauses in der Nacht zum 25. Juli etwa zehn Minuten länger als genehmigt gedauert hatte. Das stritt Kapke gar nicht ab und von einem Zeugen – aus der hiesigen Antifa-Szene – war zu hören, dass es auch 500 Meter weiter im Altenburgweg noch „extrem laut“ geschallt habe.

Ein Mitarbeiter des Landratsamtes, der an dem Abend rund um das Schützenhaus den Lärm gemessen hatte und praktisch der Hauptbelastungszeuge sein sollte, saß letztlich umsonst im Zeugenstuhl, weil er zum Tatzeitpunkt schon Feierabend hatte. Zwar hatte er am späten Abend des 24. Juli an zwei Stellen Überschreitungen des zulässigen

Lärmpegels festgestellt. Aber das wurde Kapke als Veranstalter der Schützenhaus-Party gar nicht vorgeworfen. Vielleicht weil die Messinstrumente nicht aktuell geeicht waren, wie der Neonazi genussvoll vor Gericht vortrug.

Dieses hatte schon früh in der Verhandlung den Eindruck, dass das Landratsamt versuche, mit Hilfe des Ordnungswidrigkeitsrechts „Versäumnisse nachzuholen“. Die Bußgeld-Höhe sei für eine etwa zehnminütige Lärm-Belästigung deutlich überzogen, gab Richter Knut Dimke zu verstehen, ansonsten stellte er fest: „Das Gericht ist nicht geneigt, Schwächen eines Verwaltungsverfahrens abzufangen.“ So stellte er das Verfahren gegen Kapke auf Staatskosten ein.

Entsprechend sprachlos waren Mitglieder des Aktionsbündnisses Courages und der Linken, die die Verhandlung verfolgt hatten. „Was lernen wir daraus?“, fragte Aktionsbündnis-Sprecher Philip Gliesing in die Runde: „Das Landratsamt muss seine Hausaufgaben machen.“ **Kommentar**

Peinlich und gefährlich

Von Marius Koity

Vertreter von Kommunen und Kreisen schimpfen oft auf die Gerichte, weil die mit ihren Beschlüssen und Urteilen den mühseligen Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht unterstützen würden. Oft ist das nachvollziehbar. Im gestern am Amtsgericht Pößneck verhandelten Fall allerdings nicht.

Da stand ein Bescheid des Schleizer Landratsamtes zur Debatte, der scheinbar noch schwächer war als die Verteidigung von Neonazi André Kapke. Diesem wurde auf Staatskosten Stoff für den nächsten Angriff gegen den Staat geliefert. Das ist nicht nur peinlich. Das ist auch gefährlich. Denn Behörden-Dilettantismus ist nicht nur geeignet, den rechten Rand weiter zu radikalisieren. Sondern auch den linken.